

Der Textil-Arbeiter

Schiffleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königstadt 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin D. 27
Magazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 M. —
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgespaltene Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Zur Schutzollpolitik der Regierung. — Gefahrgemeinschaften in der Erwerbslosenfürsorge. — Was sagt das Reichsarbeitsministerium dazu? — Die Not der Heimarbeiterrinnen! — Wohin gehört der kaufmännische Angestellte? — Frauen-, Jugend- und Betriebsräte. — Der Textilaußenhandel im Monat Juli 1924. — Arbeiterinnenkonferenz in Ulm. — Berichte aus Fachreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Auf dem Wege nach Orford.

Zur Schutzollpolitik der Regierung.

Nachdem die Regierung dem Drängen der Agrarier nachgegeben hat und der Wiedereinführung von Agrarzöllen durch Einbringen einer Zollvorlage an die gesetzgebenden Körperschaften beigetreten ist, sind auch die Industrieller lebendig geworden und verlangen ihrerseits Industriezölle. Es ist ja in der Tat so, daß Industriezölle Agrarzölle oder umgekehrt nach sich ziehen müssen. Die Geschichte der deutschen Zollpolitik zeigt, daß die Kräfte und Schlot junger sich immer einander dann vortrefflich in die Hände gearbeitet haben, wenn sie beide dabei verdienen konnten und die breiten Volksmassen infolge höherer Warenpreise die Zölle bezahlen mußten. Gegenwärtig liegen die Dinge gleichartig. Die Regierung will neben den Agrarzöllen hohe Einfuhrzölle auf Industrieerzeugnisse erheben. Der Industriezolltarifentwurf ist bereits zur Beratung den Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates übermittle worden. Die Regierung sagt zwar verschämmt, es sei nur ein Referentenentwurf und nichts Endgültiges, der mehr darauf berechnet sei, eine Grundlage bei den demnächst stattfindenden Verhandlungen über Handelsverträge zu bilden. Die Tarifzölle, die die Regierung vorschlägt, gehen um das Zwei- bis Dreifache und mehr über die Tarifzölle des Zolltarifs vom Jahre 1902 hinaus. Diese Erhöhung wird damit begründet, daß die Waren in gleicher Weise gestiegen wären und daß somit auch die Zollzölle dieser Verteuerung entsprechend angepaßt werden müßten, weil ja sonst die Zölle jede Wirkung verfehlen würden.

Die Agrar- und Industriezölle wirken wie reize Verbrauchssteuern, weil in demselben Maße, wie die Waren durch die Zölle verteuert werden, die Preise steigen müssen, und belasten die breiten und ärmeren Volksschichten in der stärksten Weise. Die Zölle stellen deshalb das ungerechteste Steuerstufen dar. Zweifellos will durch diese Zollpolitik die Regierung die Lasten aus dem Londoner Abkommen auf die Schultern der breiten Volksmassen abwälzen. Dies letztere ist wohl der wesentlichste Kern der gesamten zollpolitischen Maßnahmen der gegenwärtigen Reichsregierung.

Jeder Industriezoll wird den Profit der Unternehmer auf Kosten der breiten Volksschichten steigern. Er hat zur Folge, daß die Preise um den Zollbetrag sich erhöhen. Die Warenvertierung, die durch die Zollpolitik eintreten muß, bedeutet die schlimmste Herabsetzung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft. Die deutsche Arbeiterschaft steht heute noch weit unter der Lebenshaltung der Vorkriegszeit, und es muß als ein unerhörtes Vorgehen bezeichnet werden, daß die Regierung auf diese Weise versucht, die breiten Volksschichten zu belasten. Die Auswirkung der niedrigen Löhne, der Arbeitslosigkeit auf die sozialen Verhältnisse der deutschen Arbeiterschaft sind der Regierung sehr wohl bekannt. Wenn sie trotzdem durch solche Maßnahmen die besitzenden Klassen zu schützern versucht, kann dieses Vorgehen der Regierung gar nicht scharf genug gebrandmarkt werden.

Daß es sich bei diesen zollpolitischen Maßnahmen der Regierung lediglich darum handelt, die notwendigen Steuern, die sie braucht, auf die Schultern der breiten Volksmassen abzuwälzen, ergibt sich auch aus dem feinen Riecher, den der Verein Süddeutscher Baumwollindustrieller hat, er schreibt in einem Aufsatze an die „Textilzeitung“: Unsere gesamte Wirtschaftspolitik wird also danach trachten müssen, daß die zur Ausfuhr gelangenden Waren, soweit als es nur irgend möglich ist, vollständig im Inland hergestellt werden. Dies wird erreicht, wenn unsere gesamte inländische Wirtschafts- und Sozialpolitik die deutsche Produktion so wenig belastet, als dies unter Berücksichtigung des verlorenen Krieges und seiner Folgen überhaupt denkbar ist, und wenn unsere Außenhandelspolitik der alsdann immer noch verbleibenden Verbelastung unserer Produktion soweit Rechnung trägt, daß ein zwar mäßiger, aber dennoch ausreichender Zoll-

schutz für Halb- und Fertigerzeugnisse erhalten bzw. geschaffen wird.“ Hierin offenbaren die Baumwollindustriellen zur Genüge, um was es sich dreht bei ihrer Forderung um hohen Zollschutz auf Textilfabrikate. Abbau der direkten Steuern — Umsatz-, Gewerbesteuer und sozialen Ausgaben. Dafür Zölle und indirekte Steuern, dies ist der Wunsch der Unternehmer. Unter dem Mantel der Schutzollpolitik sollen die breiten Volksschichten belastet und die Reichen entlastet werden. Es ist vollkommen irrig, wenn der Verein Süddeutscher Baumwollindustrieller ferner schreibt: „Alle Bestrebungen zur Herstellung einer aktiven Zahlungsbilanz würden nutzlos bleiben, solange Deutschland wegen seines zu geringen Schutzes auf Garne und Gewebe der beliebteste Ablagerungsplatz für ausländische Rohwollkäufe bleibt.“ Der Verein Süddeutscher Baumwollindustrieller verlangt, daß die Löhne der deutschen Arbeiterschaft weit unter den Löhnen der ausländischen Konkurrenzstaaten stehen. Infolgedessen wird Deutschland niemals dieser Ablagerungsplatz werden, wenn die deutschen Industriellen sich bemühen, ihre Industrie gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig zu erhalten und vor allen Dingen die Preise auf dem Inlandsmarkt entsprechend reduzieren. Die ganze Zollfrage, die gegenwärtig aufgerollt ist, ist lediglich eine reine Steuerfrage und eine Frage des Profits der Unternehmer.

Unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage der Textilindustrie bilden Einfuhrzölle für diese Industrie keinen Schutz, sondern sie sind viel eher geeignet, in geradezu verheerender Weise auf die Textilindustrie einzuwirken. Die Textilindustrie ist im großen Ausmaße Exportindustrie. Nach den Ziffern der Vorkriegszeit war die Textilindustrie die größte Exportindustrie Deutschlands. Die Textilindustrie ist nur lebensfähig, und dieses trifft für die Zukunft viel mehr als für die Vergangenheit zu, wenn sie ihren Export noch mehr als bisher erweitern kann. Ohne einen starken Export muß die deutsche Textilindustrie verkümmern. Es gibt keine Industrie, wo Export und Innenabfuhr von der gegenseitigen Ergänzung so abhängig sind, wie in der Textilindustrie. Man braucht nur die Handelsbilanz vom Jahre 1913 und 1924 einander gegenüber zu stellen, um zu erkennen, daß die Textilindustrie nur im Freihandelsprinzip die Stellung innerhalb der konkurrierenden Länder erobern und sich erhalten kann, die es entsprechend seiner Größe und der volkswirtschaftlichen Bedeutung notwendig hat. Im ersten Halbjahr 1913 stand einer Gesamteinfuhr von Textilien von 1122 Millionen Goldmark eine Ausfuhr von 845 Millionen Goldmark gegenüber. Damals blieben also 277 Millionen Goldmark oder ein Viertel der Textileinfuhr durch Ausfuhr nicht gedeckt. Im ersten Halbjahr 1924 steht einer Einfuhr von 1767 Millionen Goldmark eine Ausfuhr von nur 680 Millionen Goldmark gegenüber. Es bleiben also 1087 Millionen Goldmark oder 60 Proz. der Textileinfuhr ungedeckt. Während 1913 in einem Jahr relativ geringer Gesamtpassivität der Anteil der Textilpassivität an der Gesamtpassivität etwa 1/2 bis 1/3 betragen hatte, beträgt er für das erste Halbjahr 1924 bei relativ höherer Gesamtpassivität rund 1/2. Eine Steigerung der Textilfertigungsausfuhr ist nur möglich, wenn alle künstlichen Schranken, die einer Ausfuhr entgegenstehen, fallen; d. h. daß jene Länder, in denen wir unsere Textilierzeugnisse absetzen versuchen, alle Einfuhrschranken fallen lassen. Die Zollpolitik der deutschen Regierung aber muß ohne weiteres zur Folge haben, daß sie zum Anlaß wird, Zollschranken gegen die Einfuhr deutscher Waren aufzurichten. Wir wissen ja aus der Geschichte der deutschen Zollpolitik, daß die Aufrichtung eigener Zollschranken die Wirkung zur Folge hatte, daß die mit uns in Konkurrenz stehenden Länder ihrerseits zu denselben Maßnahmen griffen. Um übrigen ist es ein Unding, eine Industrie, die so stark auf den Export angewiesen ist, durch Schutzzölle stützen zu wollen. Die Frage ist hier die: Entweder der deutschen Textilindustrie gelinge es durch Herstellung von hohen Qualitätserzeugnissen, durch Wohlfeilheit ihrer Waren usw., der Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu begegnen, oder sie wird ausgeschaltet und dann können derselben auch die Schutzzölle nicht mehr helfen. Die deutsche Textilindustrie muß deshalb im beschleunigten Tempo versuchen, sich betriebsorganisatorisch und technisch so umzustellen, daß sie der Auslandskonkurrenz gewachsen ist. Die Möglichkeiten hierfür sind sehr wohl gegeben. Allerdings werden dabei wohl eine größere Anzahl von Unternehmungen auf der Strecke bleiben, aber dies sind wirtschaftliche Vorgänge, auf die man in diesem Existenzkampf keine Rücksicht nehmen kann. Es kommt ferner noch hinzu, daß die deutsche Textilindustrie mehr als früher für den

Ausgleich der eigenen (Textil-)Außenhandelsbilanz Sorge tragen muß. Dieses bedingt schon die Verengung des deutschen Wirtschaftsgebietes. In welcher Weise die Textilzölle erhöht werden sollen, ergibt folgendes Beispiel:

Auszug aus der „Textil-Zeitung“ Nr. 112 vom 14. September 1924.

Doppelte, dreifache Textilzölle!
Textilien im neuen deutschen Zolltarif.

	Bisher pro Doppelzentner G.-M.	Künftig pro Doppelzentner G.-M.
Künstliche Seide	30	90
Tüll, ganz oder teilweise aus Seide	4800	9600
Spitzen usw.	3200	9600
Wolle	2	3 1/2
Wohair- und Alpaka Garne	2	3 1/2
Rammgarne	3 1/2	6 1/2
Wollgewebe	135	300
Wirkwaren	100	150
Baumwollgarne	6	12 bis 68
Baumwollgewebe	50	100 bis 180
Handschuhe	160	240
Spitzenstoffe, gestickt	1800	2700
Leinengarne	6	12
Hanfgarne	8	14 1/2
Taschentücher	160	240 bis 440
Leinengewebe	14	30 bis 130
Kleider aus Seide	6000	12000
Straußenseiden und Reihenseiden	4000	40000

Die Arbeiterschaft hat allen Grund, die Zollpolitik der Regierung in der schärfsten Weise zu bekämpfen, da sie in erster Linie darauf hinausläuft, die breiten Volksmassen in der ungeheuersten Weise zu belasten.

Die Stellung des Textilarbeiterverbandes zur Handelspolitik ist durch die Resolution zur Handelspolitik auf dem Internationalen Textilarbeiterkongress in Wien 1924 festgelegt.

Gefahrgemeinschaften in der Erwerbslosenfürsorge.

Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung vom 16. Februar 1924 enthält wesentliche Züge der schon lange geplanten Arbeitslosenversicherung. Die Mittel, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Fürsorge für die Erwerbslosen und zur Deckung der Kosten des öffentlichen Arbeitsnachweises erforderlich sind, werden nunmehr gemäß §§ 33 und 34 genannter Verordnung durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie durch eigene Leistungen der Gemeinden aufgebracht. Des weiteren sind aus den Beiträgen, die im Bezirk des Landesamts für Arbeitsvermittlung eingehen, zwei Drittel der Kosten des Landesamts zu decken. Die Höhe der von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu leistenden Beiträge richtet sich nach einem vom Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises für seinen Bezirk und in besonderen Fällen vom Verwaltungsausschuß des Landesamts für Arbeitsvermittlung festgesetzten Prozentsatz des Grundlohnes. In der Regel dürfen die Beiträge 3 v. H. nicht übersteigen. Reich und Länder gewähren gemäß § 40 Beihilfen, und zwar in der Weise, daß das Reich und das Land je die Hälfte des notwendigen Aufwandes für die Erwerbslosenfürsorge trägt, der durch die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu leistenden Beiträge und die Gemeindeleistungen nicht gedeckt wird, jedoch erst dann, wenn mindestens zwei Wochen hindurch die höchsten Beiträge, das ist mindestens 3 v. H. des Grundlohnes, erhoben worden sind.

Die Höhe der Beiträge richtet sich also nach den Bedürfnissen der Erwerbslosenfürsorge bzw. nach den Ansprüchen, die an sie gestellt werden. Ist der Geschäftsgang innerhalb eines Bezirks eines Arbeitsnachweises besonders schlecht und demzufolge große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, dann wird die Erwerbslosenfürsorge außerordentlich hohe Ansprüche zu befriedigen haben. Dazu sind wiederum entsprechende Einnahmen erforderlich, so daß, um allen Anforde-

Auf dem Wege nach Orford.

Von Ernst Rietsch.

4. Orford. 17. August.

Der Zug fuhr von London nach Orford etwas über eine Stunde; er hielt nur einmal, in Reading. Reading: dort steht das Zuchthaus, in dem Oscar Wilde, der Schöpfer der Salome und des Dorian Grey wegen homosexueller Vergehen zwei Jahre hindurch lebendig begraben war, dieser Schreckensort, der durch die Zuchthausabläufe für alle Zeiten unzersehblich bleibt und aus dem sich die Qualen und seelischen Nöte des Gefangenen emporkängen in dem erschütternden De profundis.

Orford liegt verträumt, vornehm und still inmitten einer sanften hügeligen Landschaft mit Wiesen und Parkanlagen. Ein Freund, der vor 14 Jahren da studiert hatte, sagte mir: Nichts habe sich verändert, keine Wandlung habe sich vollzogen. Die Häuser sind niedrig; es fehlen die überwallten Meißelkornen. Ueber zwanzig Colleges, Hochschulen mit Internatscharakter, geben der Stadt ihren Charakter als Pflegestätte des Geistes. Diese Colleges sind alt; seit Jahrhunderten werden dort die englischen politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kirchlichen Führer erzoget. Nur Cambridge mißt sich im Wettbewerb mit dieser Stadt. Die Colleges sehen aus wie Klöster; sie waren es ehemals wohl auch. Sie sind Orte alter, alter Lebensführung; ehrfürchtig wird das Gedächtnis des Vergangenen gepflegt. Vielleicht stellen die Rasenflächen, durch welche die Höfe der Colleges mit stolzer, kühler Einfachheit geschmückt werden, ein gewisses Symbol für diese Verwurzelung in der Vergangenheit dar. Es bedarf jahrzehntelanger sorgfältiger Bemühung, um das zarte, feine Gras zu züchten, das erst dem Rasen edles Gepräge verleiht. Ein Geschlecht überantwortet dem anderen die Aufgabe, sich des Rasens anzunehmen; die Sorge, die Arbeit, die Liebe einer ganzen Reihe von Generationen hat sich an ihn geknüpft. Es herrscht dann wieder ein Wettstreit zwischen den verschiedenen Colleges darüber, welches im Besitze des schönsten Rasens ist.

Auf der Themse schauten Ruderboote; die Colleges bilden Rudermannschaften aus und jedes College möchte sich Ehre erwerben dadurch, daß seine Rudermannschaft bei Sportveranstaltungen mit ersten Preisen ausgezeichnet zurückkehrt.

Am Bahnhof wartet ein englischer Gewerkschaftsangehöriger auf die fremden Gäste. Mit mir treffen drei Franzosen, der Kanadier und der Irler ein. Die Franzosen sind in einem Hotel untergebracht; wir übrigen gehen zum Ruskin College.

Ruskin College ist ein Haus, das noch nicht lange erbaut ist. Es nimmt sich jung, unreif aus gegenüber den alten, würdigen, bürgerlichen Colleges. Die Arbeiterschaft drängt erst empor zum Licht; sie hat ihre Geschichte noch nicht hinter sich, sondern noch immer vor sich.

In den oberen Stockwerken sind kleine, kärglich eingerichtete Räume für die Arbeiterstudenten. Ein nücherner Tisch, ein Stuhl, ein Wandregal, eine eiserne Bettstelle, ein Schrank, der in die Mauer eingelassen ist. Nun wohnen wir vorübergehend in diesen Zimmern. Auf jeden Korridor ist ein Waskraum; immer steht heißes Wasser zur Verfügung; wen nach einem Bade gelüftet, braucht in der Badzelle nur die Wasserhähne aufzudrehen.

Es läutet; in Internaten und Gefängnissen ordnet die Glocke den Tageslauf. Die Glocke ruft zum Abendessen.

Ein dunkler, schmaler, ungeschliffener Raum dient als Speisesaal; die bürgerlichen Studenten verjammeln sich dagegen in großen, hohen, gefestigten Räumen zum Mahl. Die Arbeiterschaft muß noch lernen, welche Bedeutung für die Lebensführung der Umgebungen zukommt. Die meisten Delegierten sind bereits anwesend. Brot, Butter, Mehl, Schinken werden aufbewahrt; dazu wird starker bitterer Tee verabreicht.

Die österröschischen Genossen, durch ihre Wiener Küche verwöhnt, behaupten, daß sich die Engländer nicht auf die Kochkunst verständen. Die Tischordnung ist international. Man sucht sich zu verständigen, so gut es geht. Viele Delegierte sprechen deutsch. Die Genossen aus Palästina, aus Polen, aus Luxemburg, Belgien, Schweden, Dänemark wissen sich der deutschen Sprache zu bedienen. Nur die tschechischen Delegierten legen Wert darauf, ihr Kennzeichen des Deutschen, das die Sprache ihrer Kindheit war, zu verbergen und zu verbergen. Der Engländer liebt es nicht, lange am Tisch zu verweilen. Gleich nach dem Essen verläßt er den Speiseraum. Wir haben uns englischen Gebräuchen zu unterwerfen.

Am nächsten Tag beginnt die Konferenz. Man hört die üblichen Begrüßungsreden; der Belgier Mertens wird zum Leiter der Verhandlungen gewählt. Zwei Dolmetscher übersehen. Die Franzosen und Spanier rücken eng zusammen; ihr Uebersetzer setzt sich in die Mitte und in leise eindringlichem Tone erfahren sie, was eben in englischer Sprache verstanden an ihren Ohren vorübergerauscht war. Gleichzeitig beschäftigt sich der andere Dolmetsch trotz der Proteste der Franzosen laut und bröhnend mit den Delegierten aus demselben Sprachgebiet.

Die amerikanische Delegation hat einige Vertreter, die durch ihre feingeschnittenen Köpfe auffallen. Auch die Engländer haben raffige Männer unter sich. Der Regier zeigt die blendend weißen Zähne.

Der Australier ist ein kühler Herr; er beobachtet argwöhnisch die Geschäftsführung und vergnügt sich damit, Wertstoffe aufzuspielen und festzustellen. Eine Amerikanerin greift immer wieder mit starkem Temperament in die Debatte ein. Auf einer Fensterbank sitzt als Zuhörer der deutsche Kommunist Witvogel; er schreibt und verhandelt viel mit Delegierten des linken Flügels der englischen Arbeiterbewegung.

Die Engländer sind gastfreundlich. Sie geben abends ein Mahl in einem Hotel. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Reife Föhne“ würden geistern, wenn deutsche Verbände jemals so üppig ihre Gäste ehrten, wie es die Engländer taten. Bramley von den englischen Gewerkschaften hielt eine wichtige, köstliche Tischrede.

Nach den Verhandlungen des zweiten Tages warteten vor dem College Kraftwagen. Sie brachten die Delegierten zur Themse. Dort wurde das Schiff bestiegen, das flussabwärts nach dem kleinen, köstlichen Landstädtchen Abington fuhr. Die Ufer sind von einer warmen Wildbe; man begreift den englischen Humor, die englische Sentimentalität, man begreift Sterne und Dickens.

In Abington liefern Kinder herbei und wollten uns das Wunder des Städtchens zeigen. Es war eine kriegerbeutete deutsche Kanone; sie stand in einem Gemäße, das ehemals eine Kapelle gewesen sein mag.

Gegen 9 Uhr abends kehrten wir zurück. Ich machte mit dem Regier noch einen Spaziergang durch die Straßen Orfords; er erzählte davon, wie er die schwarzen Arbeiter organisiert habe. Dann gab er ein Lied zu lesen; es war ein Gebet zu Gott, die Gewerkschaften stark und siegreich zu machen und die Gegner der Gewerkschaften vernichten zu wollen. Für die schwarzen Arbeiter ist ihre Gewerkschaftsbewegung eine religiöse Angelegenheit. Das Lied wird eingangs der Gewerkschaftsversammlungen andächtig und inbrünstig gesungen.

Am letzten Tag, am Sonntag, wurde bis 3 Uhr durchgetagt. Dann wurden noch rasch Erfrischungen verabreicht. Sogleich mußte das College geräumt werden; es waren die Vorbereitungen zum Empfang der Teilnehmer an der beginnenden Sommerschule zu treffen.

In England ist Sonntags der Bahnverkehr stark eingeschränkt; der Engländer heiligt den „Tag des Herrn“. Oft ist es schwer, ein Mittagessen aufzutreiben. Man ist zum Stillstehen, zur Gemessenheit, zur Würde verurteilt. Es ist unagabar langweilig, durch Landesfeste zu „heiligen“ Lebenswandel verpflichtet zu sein — auch wenn das wünschentlich nur einen Tag dauert. So gewinnen sich England den Festländer gegenüber auch gibt: der englische Sonntag verdirbt fast alles wieder; er ist schrecklich.

rungen gerecht zu werden, eine Erhöhung der Beiträge unausbleiblich sein wird. In der Praxis hat es sich aber gezeigt, daß die Höhe der Beiträge je nach Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Bezirken zwischen 1/2 und 3 Proz. schwanken und teilweise überhaupt keine regelmäßigen Beiträge erhoben werden brauchten, da bereits Reservefonds angeammelt worden waren. Die am meisten von Arbeitslosigkeit heimgeführten Bezirke wurden mit den höchsten Beiträgen belastet. Oft war der Beitrag eines Kurzarbeiters höher als in einem anderen Bezirke der Beitrag eines Vollarbeiters. Dieser Zustand war natürlich für die Dauer unhaltbar und veranlaßte die Gewerkschaften, sich energisch für die Errichtung der in der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vorgesehenen ausgleichenden Beitrags- und Gefahrengemeinschaften einzusetzen. Ihr Hauptziel ist eine ebenfalls in der Verordnung vorgesehene ausgleichende große Gefahrengemeinschaft, nämlich die Reichsgefahrengemeinschaft, die sowohl im Interesse der Wirtschaft wie des Staates liegt.

Unter Gefahrengemeinschaft ist eine zusammengeschlossene Personenzahl zu verstehen, die durch Zahlung von Beiträgen vor etwaigem Schaden sich zu schützen beabsichtigt. In der Erwerbslosenfürsorge besteht diese Personenzahl aus Arbeitnehmern und Arbeitslosen, die sich, wenn auch zwangsweise, als Versicherte in den öffentlichen Arbeitsnachweisen zu oben genanntem Zwecke zusammengeschlossen haben. Die Abwehr eines solchen Zusammenstoßes ist also, bei wirtschaftlichem Tiefstand durch entsprechendes Eingreifen der Erwerbslosenfürsorge die Betriebe nach Möglichkeit wenigstens teilweise aufrechtzuerhalten und die dennoch arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer vor vollständiger Verelendung durch Gewährung einer Unterstützung zu bewahren. Ein solcher Zusammenstoß stellt also eine Gefahrengemeinschaft dar. Für die Arbeitnehmer besteht trotz der gebildeten Gefahrengemeinschaft die Gefahr, arbeitslos zu werden, weiter, aber bei Eintritt der Arbeitslosigkeit hat jeder die Aussicht, natürlich den unzulänglichen gesetzlichen Vorschriften entsprechend, aus den Beiträgen aller wenigstens einigermaßen schadlos gehalten zu werden.

Gefahrengemeinschaften in diesem Umfange sind gemäß § 34 überall gebildet worden. Darüber hinaus können aber Gemeinden, die Träger verschiedener öffentlicher Arbeitsnachweise sind, übereinstimmend beschließen, daß die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach dem Gesamtaufwande bemessen werden, der in dem Bezirke ihrer Arbeitsnachweise entsteht. Auf diese Weise kann der Kreis der Gefahrengemeinschaften erweitert werden. Es kann aber auch die oberste Landesbehörde anordnen, daß die Beiträge nach dem Gesamtaufwande eines größeren Bezirkes, und zwar regelmäßig des Bezirkes eines Landesamtes für Arbeitsvermittlung, bemessen werden. Derartig große Gefahrengemeinschaften, die die Versicherten des Bezirkes eines Landesamtes für Arbeitsvermittlung erfassen, sind nunmehr in allen Bundesstaaten gebildet worden. Allerdings hat die von Preußen durch Verordnung vom 18. August 1924 angeordnete Gefahrengemeinschaft seitens der Gewerkschaften einmütige Ablehnung erfahren. Wir entnehmen der Verordnung folgendes: Grundsätzlich gilt für Preußen ein Beitrag von 3 Proz. des Lohnes. Von diesem Beitrag fließen je 1/2 Proz. des Lohnes in eine Provinzial- und eine Landesausgleichskasse. Den örtlichen Arbeitsämtern verbleibt der Rest des Beitrages (2 Proz. des Lohnes) zur Deckung der örtlichen Kosten der Erwerbslosenfürsorge. Sie dürfen jedoch geringeren Beitrag erheben, falls der Höchstbeitrag zur Deckung des notwendigen Aufwandes nicht erforderlich ist. Ein etwaiger Zuschuß aus der Provinzialausgleichskasse ist aber nur zulässig, wenn seit mindestens 14 Tagen der Höchstbeitrag erhoben wurde. Die Provinzialkassen werden untereinander durch die Landesausgleichskasse ausgeglichen. Auch die Provinzialkassen können, falls die Höchstleistung von 1/2 Proz. des Lohnes durch die einzelnen Arbeitsämter zur Deckung der Kosten nicht erforderlich ist, von den Arbeitsämtern einen geringeren Ausgleichsbeitrag erheben. In diesem Fall steht auch ihnen ein Zuschuß aus der Landeskasse erst zu, wenn sie zuvor den Höchstbeitrag eingefordert haben. Soweit das komplizierte System des Beitrags- und Gefahrengleiches.

Diese Verordnung wird in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 37 S. 342 einer scharfen Kritik unterzogen. Wir verweisen auf diese Besprechung und wollen an dieser Stelle nur die Schlussfolgerung als Auszug wiedergeben. Es heißt dort: „Was soll nun werden? Der preussische Wohlfahrtsminister hat nicht nur eine durchaus abwegige Regelung getroffen, die von den Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit abgelehnt wird, sondern seine Verordnung ist formalrechtlich unglücklich. Nach der Reichsverordnung kann nur der Verwaltungsausschuss für seinen Geltungsbereich Beiträge festsetzen. Einen preussischen Ausschuss gibt es nicht. Darum hat der Minister einen Ausschuss, nämlich den Brandenburgischen, für alle 11 Landesämter beschließen lassen, ohne daß diese ihm solches Recht delegiert hätten. Die Reichsverordnung kennt nur einheitliche Kostenregelung für den Bezirk. Der Minister läßt einen besonderen Beitrag für den Landesausgleichsfonds abführen. Das ist ungesetzlich, und die Weigerung der Arbeitsämter, die betreffenden Beiträge abzuführen, wäre berechtigt. Ungesetzlich ist auch der Abzug vom Arbeitslohn, soweit er diesen Teil des Pflichtbeitrages betrifft.“

Nach § 39 Abs. 3 kann der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung bestimmen, daß die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach dem Gesamtaufwande bemessen werden, der im ganzen Reichsgebiet in mehreren Ländern oder Bezirken, die zu mehreren Ländern gehören, entsteht. Diese Erweiterung ist also für die Bildung einer Reichsgefahrengemeinschaft vorgesehen. Soweit uns bekannt ist, bereitet das Reichsarbeitsministerium eine solche vor. Die Bildung einer Reichsgefahrengemeinschaft würde dann natürlich die Gefahrengemeinschaft der Landesarbeitsämter sowie die samojse preussische Gefahrengemeinschaft außer Kraft setzen.

Die Reichsgefahrengemeinschaft ist in der gegenwärtigen Regelung der Erwerbslosenfürsorge ein unentbehrlicher Bestandteil. Sie bietet die allerbeste Aussicht, daß die verschiedenen Wirtschaftszweige, die nicht gleichzeitig Hochkonjunktur und Tiefstand haben, ausgleichend zusammenwirken können. Es wird die Möglichkeit geschaffen, durch verhältnismäßig niedrige Beiträge die zeitweise an die Erwerbslosenfürsorge gestellten hohen Anforderungen voll und ganz zu befriedigen. Des weiteren ist zu beachten, daß die Schwankungen des Arbeitsmarktes nicht an die Grenzen eines kleineren oder größeren Bezirkes gebunden sind. Betrachtet man den deutschen Arbeitsmarkt als ein unteilbares Ganzes, dann muß auch der notwendige Lastenausgleich, bedingt durch die Verschiedenheit der Wirtschaftslage, eine das ganze Reich umfassende Regelung erfahren. Jede andere Lösung muß als eine unvollkommene Zwischenlösung angesehen werden.

Was sagt das Reichsarbeitsministerium dazu?

Daß die Unternehmer die Tarifverträge als lästige Bindungen empfinden und alles daransetzen, von denselben loszukommen, ist längst bekannt. Sie wollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen selbstherrlich bestimmen und den Einfluß der Gewerkschaften auf die Bestimmung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und auf die Arbeiterschaft selbst ausschalten. Sie gehen dabei wohl von den Gesichtspunkten aus, daß, wenn die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder individuell vor sich geht, jeder gewerkschaftliche Einfluß gebrochen wird. Aus diesem Grunde heraus ist es wohl zu verstehen, daß in den verschiedensten Gebieten des Reiches die Unternehmer jeden Schiedspruch der Schlichtungsausschüsse ablehnen und das ganze Schlichtungswesen systematisch zu sabotieren versuchen. Leider finden die Schlichter nicht den Mut, die Rechtsverbindlichkeit für die gefällten Schiedsprüche auszusprechen. Sie schenken den Unternehmern Glauben, die angeben, keine höheren Löhne zahlen zu können. Dabei stellt sich aber sehr oft heraus, daß die Unternehmer

doch in der Lage sind, weit höhere Löhne zu zahlen. Hier ein Beispiel: Die Berliner Unternehmer haben seit Jahren fast jeden Schiedspruch abgelehnt. Der Schlichter wiederum lehnte jeden Antrag ab, der die Rechtsverbindlichkeit der Schiedsprüche forderte, und zwar mit der Begründung, daß die Industrie die Lohnerhöhung nicht tragen könne. Interessant ist aber nun, daß die Unternehmer eine Erhöhung der Tariflöhne zwar ablehnten, in Wirklichkeit aber die Löhne mehr erhöhten als um den Betrag, der im Schiedspruch vorgesehen ist. Aus diesem Grunde hat der Vorstand unseres Verbandes an das Reichsarbeitsministerium folgende Eingabe gerichtet:

„Die Schlichter lehnten uns in letzter Zeit jeden Antrag ab, der auf Rechtsverbindlichkeit der Schiedsprüche hinzielte. Als Begründung wird angegeben, daß die Industrie Lohnerhöhungen nicht tragen könne. Es ist aber interessant, daß die Unternehmer eine Erhöhung der Tariflöhne zwar ablehnten, in Wirklichkeit aber die Löhne mehr erhöhten als um den Betrag, der im Schiedspruch vorgesehen. Hier einige Beispiele aus Berlin:

Bei der Strickerfirma Robert Kern verdient ein Stricker 52 bis 60 Pf. pro Stunde, der Tariflohn ist 45 bis 50 Pf.
Der Tariflohn für Strickerinnen ist 33,8 bis 37,5 Pf., die Firma zahlt 45 Pf.

Der Tariflohn für Rauherinnen ist 28,6 bis 31,3 Pf., bezahlt werden 35 bis 40 Pf.
Die Firma Felig Bande, Strickerie, zahlt 115 Proz. über Tariflohn.

Die Leppichfabrik Feibisch A.-G. hat in der vergangenen Woche den Lohnarbeitern folgende Lohnzulage gezahlt:
Männliche über 20 Jahre 5 Pf. pro Stunde,
Weibliche über 20 Jahre 4 Pf. pro Stunde,
Männliche und Weibliche unter 20 Jahren 3 Pf. pro Stunde.
Firma Strickerie „Trikota“: Tariflohn ist 28,6 bis 31,3 Pf., gezahlt werden 43,5 bis 50 Pf.

Der letzte für diese Firmen in Betracht kommende, am 16. Juli dieses Jahres vom Schlichter Groß-Berlin gefällte Schiedspruch sah eine Lohnerhöhung von 8 Proz. für die Lohnarbeiter vor. Unsererseits wurde die Verbindlichkeit beantragt. Die Unternehmer haben den Schiedspruch abgelehnt. Am 30. Juli d. J. wurde die Verbindlichkeit auch vom Schlichter abgelehnt, aber ein Vergleichsvorschlag unsererseits angenommen, der einen Aufschlag von 2 Pf. vorsah. Auch diesen Vergleichsvorschlag lehnten die Unternehmer ab.

Vorstehendes ist nur ein Fall von den vielen aus dem ganzen Reich. Die Schlichter glauben den Klagen der Unternehmer, daß sie die Löhne nicht zahlen können. Und dieselben Unternehmer gehen dann nach Hause und legen den Arbeitern außerordentlich mehr als das Doppelte zu. Leider wird von behördlicher Stelle viel zu wenig Rücksicht darauf genommen, daß die Unternehmer systematisch das ganze Schlichtungswesen mit ihrem Vorgehen sabotieren wollen. Wir fühlen uns veranlaßt, Vorstehendes dem Reichsarbeitsministerium mitzuteilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes.“

Wir sind ja nun gefasnt, was das Reichsarbeitsministerium dazu sagt; ob es die Dinge in der bisherigen Weise laufen läßt oder die Schlichter anweist, den Forderungen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Dem Reichsarbeitsministerium und auch den Schlichtern müßte doch bekannt sein, daß die Unternehmer, wenn es um den Profit geht und letzten Endes um grundsätzliche Forderungen, das Blaue vom Himmel herunterfegen.

Die Not der Heimarbeiterinnen!

Die sprichwörtlich gewordene Not der Heimarbeiterinnen kam kürzlich bei Beratung des Etats für Handel und Gewerbe im Preussischen Landtage durch unsern Kollegen Abg. Fritsch-Viegnitz zur Sprache.

Die durch die Schaffung des Hausarbeitsgesetzes vom 30. Juni 1923 eingerichteten Fachauschüsse sollten zur Linderung der Not beitragen. Diese Fachauschüsse haben das Recht, die Entgelte (Löhne) festzusetzen und denselben Rechtskraft zu geben.

Lassen wir zunächst die Ausführungen folgen, die Kollege Fritsch bei einzelnen Titeln in nur 5 Minuten Redezeit machen konnte. „Im Etat Titel 17 werden eingestellt für Förderung der Hausindustrie durch Schulen, Wanderunterricht, Verteilung von Arbeitsgeräten und sonstigen Maßnahmen 60 000 Mt. Ich möchte dabei Ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Heimindustrie richten. Der Reichstag hat sich, wie Sie wissen, im vorigen Jahre mit der Materie beschäftigt. Durch das Gesetz vom 30. Juni 1923 sollte der Heimindustrie insoweit geholfen werden, daß Fachauschüsse eingerichtet werden, die die Löhne und Entgelte festsetzen können. Das ist das Kernstück dieses vorjährigen Gesetzes. Die Fachauschüsse sind nun zum Teil in Preußen noch nicht ins Leben getreten und konnten nicht ins Leben treten, weil keine Mittel dazu vorhanden waren. In Schlesien haben wir eine Reihe Fachauschüsse bilden wollen und zum Teil auch gebildet. Als diese aber zusammentreten sollten, erhielten wir ein Schreiben, worin es heißt:

Da der Herr Minister für Handel und Gewerbe die für die weitere Betätigung der Fachauschüsse erforderlichen Mittel bei der Finanzlage des Staates nicht mehr bereitstellen kann, ist der Fachauschuss genötigt, seine weiteren Arbeiten einzustellen. Der vom Minister bezüglich der Kostenrechnung gemiesene Weg, daß die Kosten anteilig von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden sollen, ist nicht gangbar.

Es heißt also hier, daß die Kosten für die Fachauschüsse nicht aufgebracht werden können. Was nützt uns da aber ein Reichsgesetz, wenn es im Lande nicht durchgeführt werden kann!

Nun soll ja wohl in der letzten Zeit eine Veränderung darin eingetreten sein. Aber erst am 4. Juni, also kurz vor einem Monat, hatten wir eine Sitzung, welche sich ebenfalls wieder mit der Festsetzung der Entgelte für Heimarbeiter beschäftigten sollte. Zu dieser Sitzung wurden die Leute eingeladen mit dem Vermerk, daß ihnen der Erlaß der Fahrtkosten und sonstigen Auslagen nicht in Aussicht gestellt werden könne, während ihnen andererseits ausdrücklich mitgeteilt worden war, daß sie, wenn sie sich nicht rechtzeitig zu den Sitzungen einfinden oder sich sonst ihren Obliegenheiten entzögen, in eine Ordnungsstrafe genommen werden könnten.

(Hört, hört! bei der Soz.-Dem. P.)
Nach § 46 des Gesetzes lautet die Ordnungsstrafe bis auf 3000 Mt. (Erneutes Hört, hört! bei der Soz.-Dem. P.)

Man stelle sich einmal vor, in welche Lage Leute aus dem Arbeitsberufe hierdurch kommen, die unter ganz erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten müssen. Ich habe eine Decke auf den Tisch des Hauses gelegt, die in Ratsher in Oberschlesien hergestellt worden ist, und zwar in 10 bis 11 Stunden für einen Arbeitslohn von 78 Pfennigen.

(Hört, hört! bei der Soz.-Dem. P.)
Die Ausbeutung ist geradezu unerhört. Meine Parteifreundin Hanna hat in einem Aufsatz in den „Sozialistischen Monatsheften“ Nr. 6 unter anderem den Satz geprägt: „Die Not der Heimarbeiterinnen schreit zum Himmel!“ — Ich möchte fast sagen, es ist noch schlimmer. Die Ausbeutung dieser Leute, von der diese Decke ein Beweis ist, ist geradezu ungeheuerlich. Wer Gelegenheit hatte, wie ich, in die Stuben der Heimarbeiterinnen hineinzukommen und einmal zu sehen, unter welchen Lebensbedingungen sie arbeiten, muß kein Mensch sein, muß ein Herz aus Stein haben, wenn er nicht nach Mitleid und Wegen sucht, den Leuten zu helfen. In einer Stube machten zwei Leute Bettvorleger. Sie mußten natürlich zusammen an einem breiten Webstuhl arbeiten. Für einen Bettvorleger gibt es 7 Pf. Die Arbeitszeit beträgt eine Stunde, und dabei müssen sie sehr fleißig sein. Das sind also 3 1/2 Pf. für eine Stunde.

(Hört, hört! links.)
Die Leute arbeiteten damals, es war Anfang April, in kalter Stube. Sie hatten keine Kohlen, kein Holz, um Feuer zu machen. Sie

arbeiten unter Lebensbedingungen, die jeder Beschreibung spotten. Deshalb glaube ich, diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen zu dürfen, ohne auf die große Not dieser Leute aufmerksam zu machen, damit dafür gesorgt wird, daß endlich die Fachauschüsse ins Leben treten können, die dann dafür sorgen können, daß Löhne festgesetzt werden, die einigermaßen zum Leben hinreichen. Der Verkaufspreis der Decke beträgt 40 Mt.

(Glode des Präsidenten.)
— Ist die Redezeit schon alle?
(Heiterkeit.)

— Dann ist allerdings die Redezeit sehr knapp bemessen. — Ich will nur noch darauf aufmerksam machen, daß es so nicht weiter gehen kann. Ich bitte die Regierung, dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, damit in Zukunft solche Auswüchse und Schäden am Volkstörper vermieden werden.

(Bravo! bei der Soz.-Dem. P.)
Beim Titel 20 nahm Kollege Fritsch nochmals das Wort, um folgende Ausführungen zu machen:

Fritsch (Soz.): Bei diesem Titel handelt es sich um die Arbeitsvermittlung der schlesischen Stachshulen in Berlin. Es werden 110 000 Mt. in den Etat eingestellt, die allerdings bei den Einnahmen wieder hereinkommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß meine Vorrednerin zwar hier auf die Organisation des christlichen Heimarbeiterverbandes Bezug genommen hat, daß aber dieselbe Organisation in ihren Blättern selbst mitgeteilt hat, daß in den Stachshulen für diese doch sicherlich kunstvolle Arbeit pro Stunde nur 2 bis 3 Pf. gezahlt werden. (Hört! hört!) Nun sind jene Frauen doch geradezu als Künstlerinnen anzuspriechen: sie müssen eine ganz besonders eigene und laubere Arbeit liefern. Trotzdem ist ihre Notlage außerordentlich groß. Bei den Häflerinnen liegen die Verhältnisse fast genau so. Dort werden für ein ganzes Duzend Damenjocden, mit Halbarmeln gehäkelt, nicht weniger als 6,25 Mt. bezahlt. (Hört! hört! links.) Dabei haben jene Häflerinnen acht volle Arbeitstage zu je 10 Stunden an diesen Tagen zu arbeiten, und zwar müssen sie sehr tüchtig sein, wenn sie ihre Arbeit in dieser Zeit erledigen wollen.

An diesem Zusammenhange möchte ich mir an das Handelsministerium die Frage erlauben — denn wenn Gelder im Etat ausgeworfen werden so ist es doch üblich, daß man sich danach erkundigt, was damit geschieht — wieviel Stachshulen tätig sind und nach welchen Methoden ihre Arbeit entlohnt wird. Wir hatten nämlich am 4. Juni eine Sitzung des Sachausschusses für Stachshulen, zu der die von Seiten der Arbeitgeber geladenen Beisitzer nicht erschienen waren. (Hört! hört! links.) Dagegen war eine ganze Anzahl anderer Arbeitgeber erschienen, die sich mit Händen und Füßen dagegen wehrten, daß überhaupt eine tarifliche Regelung in der Stachshulenindustrie erfolge. Mindestens müßte von Staats wegen nach der Richtung hin bahnbrechend vorgegangen werden, um so den im Stachshulenberufe Beschäftigten zu helfen, ganz abgesehen, daß auch der Deutsche Textilarbeiterverband in wirksamer Weise für alle Heimarbeiter, soweit sie seine Mitglieder sind, in wärmster Weise eintritt.

Ich darf bei dieser Gelegenheit die Regierung vielleicht bitten, ähnliche Einrichtungen, wie wir sie vor ungefähr 10 oder 12 Jahren, also noch vor dem Kriege hatten, wieder aufleben zu lassen, nämlich Ausstellungen zu veranstalten, ähnlich wie bei dieser Decke auf dem Tisch des Hauses, mit Angabe der Arbeitslöhne und Arbeitszeiten, die jedenfalls einen großen Erfolg haben dürften, um auf die große Not der Heimarbeiterinnen aufmerksam zu machen. Wir haben nach dem Kriege ein gewaltiges Heer von Hunderttausenden von Frauen, die mitunter aus den besseren Ständen gekommen sind und jetzt mit Heimarbeiten beschäftigt sind. Sie führen bei einer erbärmlichen Bezahlung nun ein jämmerliches Dasein. Deshalb ist es notwendig, von dieser Stelle aus gerade auf die Notlage dieser Kreise einmal hinzuweisen. Es wäre angebracht, einmal eine Ausstellung zu machen, wie sie meine Parteifreundin Hanna in den „Sozialistischen Monatsheften“ angeregt hat, wo man die Erzeugnisse der Stachshulen- und der übrigen Heimindustrie in einem großen Räume ausstellt und dabei angibt, unter welchen Lohn- und Arbeitsbedingungen diese Arbeiten hergestellt werden. Diejenigen, welche die Stachshulen kaufen, sind in der Regel sehr wohlhabende Leute und denken nicht daran, melch großes Geld in den Heimstätten der Leute herrscht, die die Stachshulen gefertigt haben. Ich wäre dankbar, wenn seitens des Ministeriums meine Vorschläge geprüft und wenn irgend möglich baldigst durchgeführt würden.

Nach dieser Richtung hin wäre noch viel mehr zu sagen. Aber lassen Sie es mit den paar kurzen Worten, die ich in den mir zur Verfügung stehenden fünf Minuten sagen konnte, genug sein! Das Elend in der Heimindustrie ist groß; es schreit zum Himmel. Es muß etwas getan werden, um den in der Heimindustrie Beschäftigten zu helfen.

Nach dieser Landtagsitzung beschäftigten sich die Behörden namentlich in Oberschlesien mit den gemachten Mitteilungen.

So wurde ein Regierungsgewerbeberater aus Breslau und Gewerbeberater aus Ratibor beauftragt, in der Hausweberstadt Ratibor nach dem rechten zu sehen. Auf dem Ratibor wurde eine Sitzung abgehalten, an welcher neben dem Bürgermeister auch der Abg. Richtersky (Beamter) teilnahm. Man wollte es so hinstellen, daß die aufsehenerregenden Angaben von Fritsch nicht stimmten. Leider half alles Drehen und Deuten nichts, es stimmte alles. Versprochen wurde zwar, daß noch eine weitere Sitzung abgehalten werden sollte, zu welcher der Abgeordnete Fritsch geladen werden sollte, aber die Herrschaften haben es vorgezogen, keine weitere Sitzung anzuberaumen. Man will lieber die Not verulsen. Aber gemacht. Wir werden uns nicht beirren lassen, die Not der Heimarbeiter zu bekämpfen.

Die große Heimarbeiterinnenauspeerrung der Wolllindustrie in Liegnitz, an der zirka 2000 Arbeiterinnen beteiligt waren, sollte auch den Heimarbeiterinnen die Augen geöffnet haben. Sie waren deshalb ausgepeerrt worden, weil ein vom Sachausschuss festgelegter Stundenlohnfuß von 15 Pf. den Unternehmern zu hoch war.

In der Spitzenindustrie des Hirschberger Tales, voran die Spitzenhulen der Fürstin Rief in Schlesien, ist es nicht besser.

Mögen die Heimarbeiterinnen endlich erkennen, daß nur durch eisernen Zusammenhalt in der gewerkschaftlichen Organisation wirkliche Besserung erzielt werden kann.

Darum hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband!

Wohin gehört der kaufmännische Angestellte?

Frage eure Söhne und Töchter, die den kaufmännischen Beruf erwählt haben, wo sie organisiert sind! Sagt ihnen, daß für sie nur einzig und allein die freigewerkschaftliche Organisation, der Zentralverband der Angestellten in Betracht kommt! Eure Söhne dürfen niemals im Deutschen Nationalen Handlungsgeschliffen-Verband, der die Jugend, statt über die Aufgaben der Gewerkschaften aufzuklären, im Revanchegedanken erzieht, auch nicht im Gewerkschafts- und der Angestellten organisiert sein. Eure Töchter dürfen nicht im Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten oder anderen reaktionären Verbänden organisiert sein. Alle diese Verbände sind Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Wer freigewerkschaftlich organisiert ist, Sorge dafür, daß seine Kinder sich ebenfalls freigewerkschaftlich organisieren.

Wer diese Worte nicht beherzigt, stärkt die gelben, monarchistischen Verbände. Die kaufmännischen Lehrlinge gehören in die Jugendabteilungen des Zentralverbandes der Angestellten, der einzigen freigewerkschaftlichen Organisation der kaufmännischen und Bureauangestellten.

Frauen-, Jugend- und Betriebsräteteil

Eine schwangere Ringspinnerin in der Baumwollspinnerei.

Die schwangere Ringspinnerin steht vor ihrer Maschine und ist damit beschäftigt, einen Faden, der von einer Spule gerissen ist, hervorzuführen, ihn durch die Zylinder und Dere auf die Bobine zu leiten und mit dem anderen Fadenende der Bobine zu verbinden. Die Maschine ist zirka 1,80 Meter hoch, die Spindeln stehen 70 bis 80 Zentimeter nach vorn von den Spulen entfernt. Die Spinnerin muß sich viel hochstrecken, nach vorn beugen und dabei Obacht geben, daß sie nicht von den fortgesetzt sich drehenden Spindeln erfaßt wird. Sie geht während des ganzen Tages an der Maschine auf und ab, knüpft gerissene Fäden zusammen, steckt Spulen auf und beseitigt „Risse“. Auch das Abziehen und Abstellen ist von ihr zu besorgen. Sie bedient zirka 200 Spindeln.

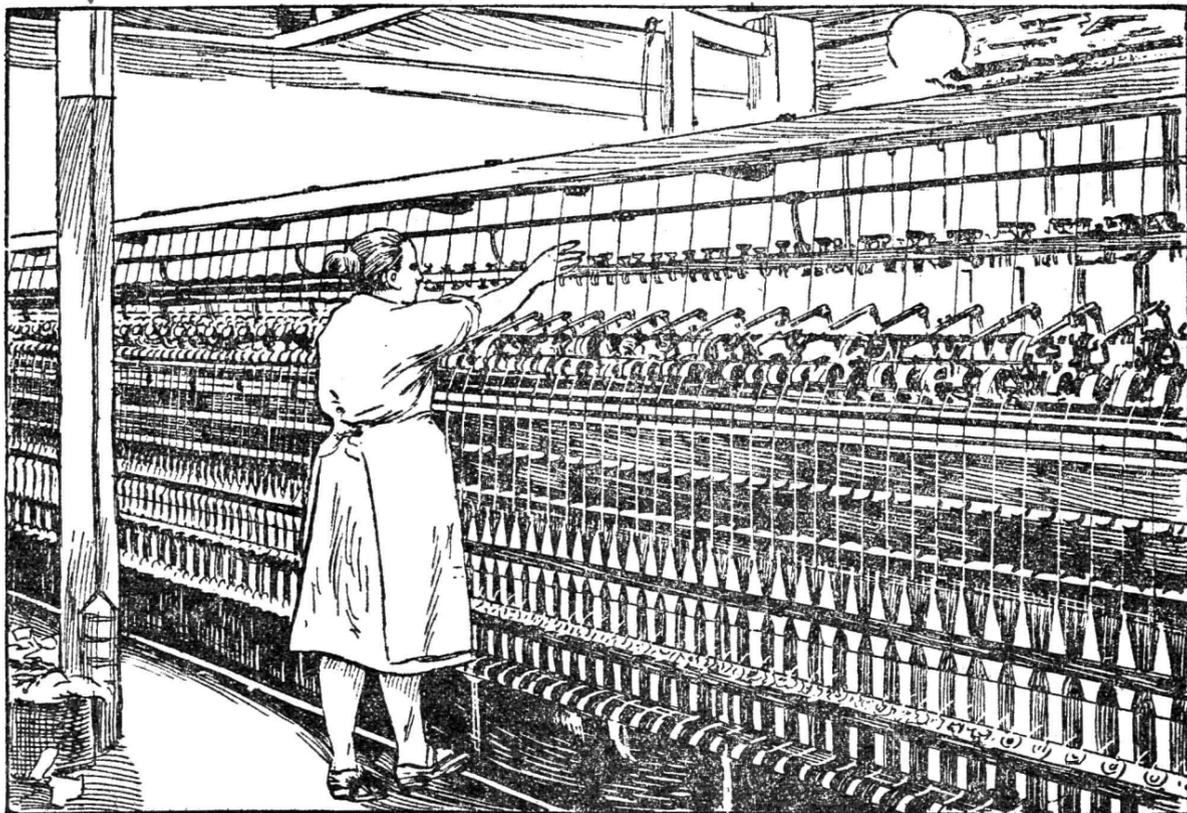
Das viele Strecken der Spinnerin verurteilt:

Dehnungen der Aufhängebänder der Gebärmutter (Gebärmutterverlagerungen nach der Geburt).

Das ununterbrochene Auf- und Ablaufen der Spinnerin verurteilt:

Blutstauungen der Beine und des kleinen Beckens (Gefahr der Krampfadern und Blutungen während der Geburt), Seelische Überreizung durch das ständige Ingefahr-schweben, Thrombosegefahr, Schwangerschaftsniere.

Zusammenfassung der gesundheitsschädlichen Einwirkungen der täglichen Fabrikarbeit auf Schwangere.



b) Erschlaffung des Beckenbodens und der Aufhängebänder der Gebärmutter. Folgen: Wehenschwäche.
c) Blasen- und Nierenbelastung (Schwangerschaftsniere!) durch Mehrarbeit und Harnstauungen.

schlechte sehr stark blutende Krampfadern der Scheide, Krampfadernentzündungsgefahr im Wochenbett.
c) Gebärmutterverlagerungen und Entfernungen des gesamten Geburtsapparates mit ihren schweren Folgen. (Gebärfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit.)

C. Schädigungen für das Kind:
Lebensschwäche infolge Frühgeburt oder schwerer Entbindung wegen Falschlage.

D. Seelische Schädigungen für die Mutter:

Es besteht während der Schwangerschaft auch normalerweise eine erhöhte nervöse Erregbarkeit der Frau, welche durch die Arbeit mit ihrer ständigen Gedankenanspannung gesteigert wird.

Eventuelle Kränkungen von seiten der Arbeitskollegen über ihren Zustand müssen in Betracht gezogen werden.

Die Arbeit, welche freudig verrichtet werden soll, wird zur Qual. Trotz alledem: Regierungen und Unternehmern verteidigen die Befestigung des achtstündigen Arbeitstages. Wir fordern:

Achtstündigen Arbeitstag und Ratifizierung des Abkommens von Washington;

Unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung für Schwangere bei Schwangerschaftsbeschwerden;

Gewährung von Medikamenten und anderen Hilfsmitteln bei Schwangerschaftsbeschwerden;

Verbot der Beschäftigung Schwangerer zwei Monate vor

und zwei Monate nach der Niederkunft; Finanzielle Entschädigungen der Schwangeren zwei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft aus Mitteln der Gesamtheit; Unentgeltliche Wochenhilfe.

A. Körperliche Schäden für die Mutter während der Schwangerschaft:

a) Ueberdrehung der Bauchmuskulatur: Versagen der Bauchpresse während der Geburt. — Falschlagen des Kindes mit folgenden Geburtsgefahren:

d) Direkter Druck auf die hochstehende Schwangerschaftsblase (Blasenbeschädigung).

B. Schädigungen während und nach der Geburt:

a) Falschlagen mit ihren Folgen.
b) Durch die Blutstauung der Beine und der äußeren Ge-

Politische Erziehung.

Bei Betrachtung aller deutschen politischen Handlungen fällt schmerzhaft auf, wie selten sie wirklich den Machtverhältnissen, den inneren Gesetzmäßigkeiten, der vorhandenen Lage angepaßt waren. Der Deutsche neigt zur Unmäßigkeit nicht nur in Dingen des Alltags, er ist allzu leicht hemmungslos, er gibt inneren Antrieben nach, ohne an ihre Auswirkungen zu denken; was er wünscht, das glaubt er gern; seine Illusionen verführen ihn dazu, Widerstände zu unterschätzen oder zu überstreifen. So schwankt er zwischen übersteigerten Ansprüchen und hoffnungsloser, passiver Verzweiflung; den Weg der Mitte zu geben, fällt ihm schwerer als sonst irgendwem. Der deutsche Militarismus war eine Ueberspannung des an sich sehr berechtigten Machtgedankens gewesen. Wir begünstigen uns nicht damit, Macht zu haben und durch sich selbst wirken zu lassen, sondern wir meinten, mit unserer Macht alles wagen, alles beanspruchen, alles erreichen zu können.

Unsere Macht ist zerbrochen; wir sind dem Druck und Einfluß der bestehenden Weltmächte fast hilflos ausgeliefert. Es liegt in unserem Interesse, daß Friedensgenussung mehr und mehr die Weltpolitik beherrscht, daß eine gewisse Zurückhaltung in der Anwendung der Machtmittel weltpolitische Gewohnheit und Sitte werde. Je pazifistischer die Welt wird, desto größere Hoffnungen winken uns, eine Entlastung von dem beengenden Druck, unter dem wir bisher noch gefestigt sind, zu erfahren. Welche Gestalt zeigt aber der deutsche Pazifismus? Sein Wesen besteht darin: Deutschlands Schicksal als Durchaus verdient anzuerkennen, mit einer gewissen Schadenfreude die nationalen Demütigungen Deutschlands zu beobachten, in den deutschen Regierungsmännern lauter verbrecherische, böswillige oder stupide Gesellen zu sehen, alles aber, was im Ausland geschieht, als tugendhaft, meisterlich-vortrefflich zu bewundern. War der deutsche Militarismus ein unerträgliches Raub der Macht gewesen, so ist die deutsche Form des Pazifismus heute zuweilen ein verächtliches Gewinsel der Ohnmacht.

Wir sehen nicht unsere Möglichkeiten: Das eine Mal täuschen wir uns über die Grenzen, das andere Mal verfallen wir dem verzagenden Wahne, überhaupt keine Möglichkeiten mehr zu haben. Nur ein Volk, das Maß zu halten vermag, das weiß, daß Politik ein Geschäft ist, welches nur auf dem Wege des Kompromisses zustande kommt, das ein feines Gefühl dafür hat, wieweit man gehen, wieweit man zurückzuweichen hat; nur ein solches Volk wird — wir sehen es an den Engländern — politische Dauererfolge erzielen. Wir bedürfen der politischen Erziehung. Ein Bestandteil dieses Erziehungswerkes ist, viel Geschichte, die Politik von gestern, zu lesen, uns durch die Betrachtung reichlichen politischen Stoffes das Auge zu schärfen, das Gefühl zu entwickeln, die Erkenntnis zu fördern.

Uns steht eine reiche politische Literatur zur Verfügung. Sie kann von der Arbeiterschaft, schon aus zeitlichen Gründen, nicht bewältigt werden. Aber zu einem oder dem anderen Buch zu greifen, sich in dieses oder jenes Werk zu vertiefen, das erst schenkt unseren Arbeitern die sachlichen Voraussetzungen für ihre politische Tätigkeit, das erst befähigt sie dazu, wirklich praktische Demagogen zu sein, die ihr Schicksal selbst bestimmen. Besonders an unsere Jugendlichen richtet sich die Mahnung: Arbeitet, lernt, eignet euch politisches Wissen an. Nur so schüßt ihr euch davor, Opfer jedes leeren, flachen, blöden Schlagwortes zu werden.

Die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte hat eine Reihe von Büchern herausgebracht, die dem politischen Wirkenden viel zu geben haben. Vor allem kommt da in Betracht Erich Brandenburg: „Von Bismarck zum Weltkrieg“ (Preis 20 Mk.). Der Universitätslehrer Brandenburg hat das Aktienmaterial, das vom Auswärtigen Amt veröffentlicht ist und noch veröffentlicht wird, durchgearbeitet. Kühl, nüchtern, schmucklos stellt er das Geschehen seit 1890 dar; wir sind erschüttert, hier nachzuerleben, wie töricht wir gewesen sind. Wer will als politischer Redner sich noch in die Öffentlichkeit wagen, der den Einblick in diese Ereignisse nicht getan hat?

Ein lehrreiches Auschnitt aus unserer politischen Vergangenheit bietet uns das in gleichem Verlag erschienene Werk von Heinz Trübbschler von Falkenstein: „Bismarck und die

Kriegsgefahr des Jahres 1887“ (Preis 3,50 Mk.). Wir sehen, Bismarck, den Meister der Außenpolitik, unmittelbar am Werk und wir erkennen, wieviel klüger, besonnener, aber auch kraftvoller er verfuhr als seine Nachfolger. Die Dolchstoßlegende wird erledigt durch die amtlichen Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ (Preis 15 Mk.). Es sind hier die Dokumente aus den ereignisreichen September-, Oktober- und Novembertagen zusammengetragen, angesichts deren Bismarck Ludendorff als feiger Leugner der Wahrheit erscheint, und Hindenburg — der Erzberger abschnittete — sich als eine Persönlichkeit erweist, die unvornehm Handelns fähig ist und nicht immer wagt, zu ihren Taten und Worten zu stehen. Der Waffenstillstand kam; Frankreich genoss den Triumph des Sieges. Sogleich suchte es die günstige Situation auszunutzen; es wollte erobern und vor allem Deutschland ungefährlich machen. Unter dem Schlagwort Garantie der „Sicherheit“ Frankreichs erhob es Ansprüche auf die Rheingrenze, ja, bildete es sogar über den Rhein hinüber. Die Gänge, Absichten, Handlungen der französischen Politik in dieser Angelegenheit sind zu verfolgen in dem Buch des gleichen Verlages „Die französischen Dokumente zur Sicherheitsfrage“ mit einem Geleitwort von Hermann Onken.

In knapper, aufschlußreicher, wenn freilich auch nur umrißhafterweise, gibt uns Gerhart Lütkens in seinem bei S. S. W. Dieß erschienenen Buchlein: „Deutschlands Außenpolitik und das Weltstaatsystem“ einen Ueberblick über die Politik des Deutschen Reichs. Lütkens ist von Rante geschult; er kennt die Bedeutsamkeit der Macht und weiß die politischen Vorgänge richtig zu deuten. Der deutsche Arbeiter muß erfassen, wie das innerpolitische Geschehen von außenpolitischen Tatsachen und Verhältnissen abhängig ist; er wird dann auch beispielsweise begreifen, daß Deutschland in seiner Abhängigkeit von den kapitalistischen Weltmächten schon von 1918 an aus sachlichen Gründen nicht vermochte, den Sozialismus zu verwirklichen. Zur Erzielung eines Verständnisnisses der außenpolitischen Fragen leistet dieses Werkchen gute Dienste.

Lieser und weiter noch greift das Buch von Walter Vogel: „Das neue Europa und seine historisch-geographischen Grundlagen“ (Verlag Kurt Schroeder, Bonn und Leipzig). Vogel, ein Berliner Universitätsprofessor, gehört zur sogenannten geopolitischen Schule; er ist ein eifriger Mitarbeiter der neuen empfehlenswerten Zeitschrift „Geopolitik“ (Verlag Bohwinkel; Heft 2 Nr.). Was ist Geopolitik? Es ist die Betrachtungs- und im Anschluß daran Handlungsweise, die sich bewußt bleibt, wie die Geschichte der Staaten, die Politik der Völker abhängig sind von der Beschaffenheit, Gestaltung, Fruchtbarkeit der Erde (geo = Erde), vom Klima, der Bewässerung, der Lage. Man erkennt, wie etwa Deutschlands europäische Mittellage zu ganz anderen Folgen führen muß als Englands geschliche Inselage. Die geopolitische Betrachtungsweise zeigt uns Menschen förmlich nur in unserer Eigenschaft als bloße Bestandteile des fließenden Erdes, in dem wir wurzeln; sie macht bescheiden und enthüllt uns die Grenze menschlichen Könnens. Das Buch Vogels enthält wertvolle Teile; zu bedauern ist nur, daß die reaktionäre Einstellung des Verfassers da und dort in höchst wenig geopolitischer Ueberlegenheit hervorbricht. Da jedoch ein guter geopolitischer Theoretiker nicht die Verpflichtung hat, auch ein guter praktischer Politiker zu sein, ist man geneigt, milde zu verfahren. Die politischen Kammegeschichten, die im Buch nicht fehlen, übersieht man großmütig, um aus den sachlichen geopolitischen Darlegungen viel zu lernen.

Zu lernen ist auch an Vorbildern. Dr. Kurt Sternberg hat im Rothschil-Berlag, Grunewald, das Bild eines vorbildlichen Politikers neu erstehen lassen: „Walter Rathenau, der Kämpfer“. Eine kurze, Einführung leitet zu Rathenaus geistiger Persönlichkeit hin; Auszüge und Schriften bringen uns den Denker unmittelbar nahe.

Mächte unter uns allen jene feine, verantwortungsbewußte Gewissenhaftigkeit und geistige Redlichkeit sich ausbreiten, die stark empfindet, daß man auch über politische Dinge nur reden darf, wenn man sie versteht, wenn man sich politisches Wissen angeeignet hat!

Verfassung und Mutterschaft.

Es muß als bedauerlich bezeichnet werden, daß die arbeitenden Frauen in ihrer großen Mehrzahl sich nicht um die Rechte kümmern, welche im Gesetz für sie festgelegt sind. Werden sie gelegentlich einmal auf diese Rechte hingewiesen, so horchen sie wohl auf, weil sie im Augenblick dafür Interesse haben. Sobald die Worte verhallt sind, tritt auch wieder Vergessen ein, obwohl man erwarten müßte, daß alle Frauen das, was das Gesetz an kümmerlichem Schutz ihnen bietet, sich tief einprägen müßten. Ja, mehr noch, sie müßten mit aller Kraft dahin wirken, daß der Ausbau solcher Gesetze vorwärts geht. Sie müßten alle Bestrebungen, die dahin gehen, solchen Gelegenheiten Wirksamkeit zu verschaffen, auf das lebhafteste unterstützen und fördern.

In der Reichsverfassung, in der auch die Rechte der Frauen als Staatsbürgerin verankert sind, sind es besonders zwei Artikel, die sich mit dem Recht der Mutter und des Kindes, besonders des unehelichen, befassen. Im Artikel 119, der die Ehe behandelt, heißt es: „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.“ Das heißt also, daß der Staat dafür zu sorgen hat, daß der Schutz der schwangeren Frau durch Gesetz gewährleistet ist (Gewerbeordnung § 137). Neben dem Schutz soll aber auch der Frau, die einem Kinde das Leben gibt, die Unterstützung des Staates nicht nur in der Form zuteil werden, wie es die Wochenhilfe vorsieht. Die Arbeiterschaft fordert vielmehr, daß Entbindungsanstalten in genügender Zahl vorhanden sind, in denen die Entbindungen unter ärztlicher Aufsicht kostenlos vorgenommen werden sollen. Sie fordert weiter, daß Heime für Wöchnerinnen und Säuglinge errichtet werden und zur Unterbringung der Kinder arbeitender Mütter, die ihre Kinder während ihrer Arbeitszeit unbewußt lassen müssen, ebenfalls Einrichtungen getroffen werden, um die Kinder unter sachgemäßer Aufsicht zu betreuen und zu versorgen. „Kinder sind das größte Kapital des Staates“, sagte einmal auf einer Tagung zur Schaffung derartiger Einrichtungen ein Staatsmann der wilhelminischen Regierung. Seinezeit waren die Gelder für die Schaffung solcher Einrichtungen vorhanden, sie unterblieben trotzdem, weil zu jener Zeit Worte noch lange nicht Taten zu werden brauchten. Heute muß die Arbeiterschaft der treibende Keil sein, daß alles, was das Gesetz vorschreibt, nach Möglichkeit geschaffen wird. Die Durchsetzung dessen, was für Mutter und Kind notwendig ist, kann nur unter energischer, tätiger Mitarbeit der arbeitenden Frauen geschehen.

Der Artikel 121 der Reichsverfassung besagt: „Den unehelichen Kindern sind durch Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“ Ist schon die soziale Lage der Mütter und Kinder in Arbeiterkreisen im allgemeinen keine rosig, um wie vieles trauriger ist noch die Lage der unehelichen Kinder und ihrer Mütter. Bis heute gelten noch die Bestimmungen des BGB., nach welchen der Kindesvater zwar unterhaltspflichtig ist, obwohl er mit seinem Kinde nicht verwandt ist. Auch hat die uneheliche Mutter Anspruch auf Erbschaft der durch die Entbindung verursachten Kosten und auf Erbschaft für die Unterhaltskosten für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung. Wie die Dinge aber in der Mehrzahl der Fälle liegen, muß doch erst der zu bestellende Vormund die Rechte des Kindes wie der Mutter wahrnehmen und oft genug sind auch seine Bemühungen ohne Erfolg.

Ein neuer Gesetzentwurf über diese Frage ist bisher noch nicht in die Öffentlichkeit gekommen. Es befindet sich aber ein solcher in Vorbereitung, dessen wesentliche Züge hier kurz geschildert werden sollen. Nach diesem Entwurf soll in Zukunft das uneheliche Kind nicht nur der Mutter, sondern auch dem Vater gegenüber die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes erhalten. Zur Führung des Vaternamens soll das uneheliche Kind nur mit Einverständnis des Vaters berechtigt sein. Nach dem Entwurf kann auch der Vater auf Antrag beim Vormundschaftsgericht mit dem Kinde verkehren und die elterliche Gewalt gemeinsam mit der Mutter ausüben. Die Unterhaltspflicht soll weiter bis zum 16. Jahre gewährt werden, und zwar nach der Lebensstellung der Mutter. Wir sind aber der Meinung, daß sie nach der Leistungsfähigkeit des Vaters geregelt werden müßte. Endlich soll nach dem Entwurf auch die Bestimmung festgelegt werden, nach welcher sich der Vater von der Unterhaltspflicht

prüfen kann, wenn er nachweist, daß in der Empfängniszeit noch ein anderer Mann mit der Mutter verkehrt hat. Der Entwurf sieht vor, daß alle, die der Mutter beigegeben haben, als Gesamtschuldner haftet. Das gleiche Erbrecht mit seinen Geschwistern wird nach dem Entwurf dem unehelichen Kinde nicht zuteil.

Das sind die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs. Sie zeigen eine erhebliche Verbesserung der Rechte des unehelichen Kindes gegenüber dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Es ist anzunehmen, daß der Gesetzentwurf dem Reichstage in der nächsten Zeit vorgelegt werden wird. Wird er beraten, so ist es Aufgabe der weiblichen Parlamentarier, sich mit aller Energie wie bisher für die Erweiterung der Rechte der unehelichen Kinder einzusetzen. Dieser Gesetzentwurf muß unseren Arbeiterinnen mit aller Deutlichkeit zeigen, wie notwendig die parlamentarische Mitarbeit von Frauen bei der Beratung von Gesetzen, die Rechte von Mutter und Kind betreffen, ist. Für die Arbeiterinnen ist es wichtig, die Tageszeitungen auch daraufhin durchzusehen, ob über etwas sie betreffendes berichtet wird.

Der Textilaußenhandel im Monat Juli 1924

Der Gesamtausfuhrhandel ist im Monat Juli zum erstenmal in diesem Jahre aktiv. Die Gesamtausfuhr hat sich um rund 200 Millionen Goldmark verringert und die Ausfuhr gegenüber dem Vormonat um 100 Millionen Goldmark gesteigert. Dem Werte nach ist die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten am meisten zurückgegangen. Der Rückgang der Einfuhr an Fertigwaren betrug etwa ein Drittel des Vormonats. Die Ausfuhr weist in allen Gruppen eine Steigerung auf. Vom Statistischen Reichsamt werden hierüber folgende Ziffern veröffentlicht:

a) Mengenvergleich in gewogener Form (auf der Grundlage der Vorkriegswerte):

Warengruppen	Einfuhr 1924			Ausfuhr 1924		
	Juli	Juni	Jan./Juli	Juli	Juni	Jan./Juli
	in 1000 G.-M.			in 1000 G.-M.		
I. Lebende Tiere	2 975	5 154	51 617	1 322	792	8 772
II. Lebensmittel und Getränke	135 358	121 485	1 060 960	87 021	25 117	158 608
III. Rohstoffe	150 957	215 903	1 575 888	28 510	19 306	184 777
IIIb. Halbfertige Waren	41 742	59 629	357 066	31 494	26 706	205 124
IV. Fertige Waren	89 712	131 262	666 261	241 544	230 289	2 171 226
V. Gold u. Silber	15 351	17 706	48 060	1 102	838	6 688
Zusammen	442 065	551 189	3 798 852	440 993	363 043	2 709 136

b) Mengenvergleich nach Doppelzentner:

Warengruppen	Einfuhr 1924			Ausfuhr 1924		
	Juli	Juni	Jan./Juli	Juli	Juni	Jan./Juli
	in Doppelzentner			in Doppelzentner		
I. Lebende Tiere	22 729	36 162	341 410	8 554	5 174	21 297
II. Lebensmittel und Getränke	3 643 224	3 546 570	29 353 601	2 444 593	1 405 842	9 388 850
III. Rohstoffe	23 362 819	23 496 576	146 227 504	3 676 385	2 584 301	20 184 064
IIIb. Halbfertige Waren	2 785 735	2 992 290	19 496 059	2 620 668	2 205 739	14 803 638
IV. Fertige Waren	1 261 026	1 684 501	19 127 059	3 233 898	2 021 593	21 680 191
V. Gold u. Silber	2 246	2 895	8 236	82	64	636
Zusammen	31 230 781	32 029 934	205 133 589	11 984 180	9 172 713	66 078 376
Wucherer:						
Pferde (Stück)	403	1 618	14 148	35	54	202

Die Textilindustrie ist an der Ein- und Ausfuhr im Monat Juli folgendermaßen beteiligt:

Einfuhr (Rohstoffe) und halbfertige Waren	Monatsdurchschnitt 1924		Gegen Vormonat
	Juni 1924	Juli 1924	
	in 1000 Doppelzentner		in Proz.
Einfuhr (Rohstoffe) und halbfertige Waren	592,64	640,51	- 44,2
Ausfuhr: Halbfertige Waren	66,85	67,21	+ 85,3
Einfuhr: Fertigwaren	102,48	143,54	- 22,0
Ausfuhr:	82,50	78,12	+ 18,5

An dem Rückgang der Einfuhr sind fast alle Waren beteiligt. Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten zeigt für Juli gegenüber dem Vormonat eine Verminderung um 130 Millionen Goldmark. Die Textilrohstoffe sind mit rund 79 Millionen Goldmark daran beteiligt. (Wolle 44, Baumwolle 31, Flachs, Hanf, Jute 5 Millionen Goldmark.) Mengennäßig ist zurückgegangen die Einfuhr an Wolle und Kammgang von 185 300 Doppelzentner auf 76 060 Doppelzentner. Monatsdurchschnitt 1922 179 060 Doppelzentner.) An Baumwolle von 293 980 Doppelzentner auf 182 360 Doppelzentner. (Monatsdurchschnitt 1922 261 550 Doppelzentner.) An Flachs, Hanf und Jute und anderen pflanzlichen Spinnstoffen von 159 580 Doppelzentner auf 96 210 Doppelzentner. (Monatsdurchschnitt 1922 150 000 Doppelzentner.) An der Ausfuhrsteigerung von Rohstoffen und Halbfertigwaren sind fast alle Warenarten beteiligt. Die Ausfuhr von Seidestoffen hat sich verdoppelt. Die Fertigwaren weisen ebenfalls durchweg Ausfuhrsteigerungen auf. Von den Textilwaren haben Wollgewebe die relativ größte Steigerung erfahren. (Von 14,83 Millionen im Juni auf 19,53 Millionen Goldmark im Juli.) Die Ausfuhr an Kleidung und Wäsche ist dagegen von 7,69 Millionen Goldmark im Juni auf 6,22 Millionen Goldmark im Juli weiter zurückgegangen. Es wurden ausgeführt (nach Monatsdurchschnitten)

	Monatsdurchschnitt 1924		Juli 1924
	Juni 1924	Juli 1924	
	in 1000 Doppelzentner		
Kleidung und Wäsche	7,84	3,01	2,70
Gewebe aus Seide und Kunstseide	5,52	2,59	3,14
Gewebe aus Baumwolle	26,81	22,52	24,57
Gewebe aus Wolle	13,51	12,68	15,29
Gewebe aus Flachs, Hanf, Jute	15,22	19,90	26,52
Kunstseidengarn	1,22	2,40	3,28
Baumwollgarn	3,47	4,85	6,12

Eine Freude läßt diese aktive Handelsbilanz jedoch nicht aufkommen. Daß der Rückgang der Einfuhr hauptsächlich auf Rohstoffe und Halbfertigwaren zu sehen ist, kennzeichnet die außerordentlich schlechte Lage der deutschen Wirtschaft. Geldknappheit, Absatzmangel auf dem Innen- und Außenmarkt sind die Ursachen für das Daniederliegen der Industrie. Hoffentlich ändert sich die Geschäftslage durchgreifend, nachdem durch das Londoner Abkommen die Bahn für die Entwicklung der deutschen Industrie einigermaßen freigemacht worden ist. Ueber die Lage der Textilindustrie in den letzten Tagen sind günstigere Berichte eingelaufen. So ist aus der Laufzeit von einer Befragung der Tuchindustrie berichtet worden. In der „Textilzeitung“ wird aus Westfalen berichtet, daß im westfälischen Textilgewerbe die wirtschaftliche Krise einigermaßen überwunden sei. Das gleiche wird aus einigen Teilen aus Sachsen und Bayern berichtet.

Hoffen wir, daß die Berichte den Tatsachen entsprechen und daß also eine grundlegende Aenderung in unsere Wirtschaftsverhältnisse einkehren möge.

Arbeiterinnenkonferenz in Ulm.

Ausgehend von dem Gedanken, zunächst in Bezirkskonferenzen zu versuchen, unsere Funktionärinnen einander näher zu bringen und auf die gebieterische Pflicht der Arbeiterinnenkommissionen aufmerksam machen zu können, wurde auf Sonntag, den 7. September, nach Ulm für die Filialen Ulm, Heidenheim, Wangen, Ravensburg und Tutlingen eine Arbeiterinnenkonferenz einberufen. Am Vorabend der Tagung vereinigten sich die Vorsitzenden der Arbeiterinnenkommissionen mit der Leiterin des Gaubezirks, Kollegin Sophie Döhning, Stuttgart, und dem Vertreter des Gauverbandes, Kollegen Bürger, Cannstatt, zu einer Vorbesprechung. Die Rückführungen auf die Einladungsschreiben aus den einzelnen Filialen ließen erkennen, daß aus verschiedenen Gründen gemünscht wird, daß zunächst keine weit ausgedehnten Bezirke für die Konferenzen zusammengefaßt werden sollen. Am Sonntag früh konnte Kollegin Sellmer, Geschäftsführerin der Filiale Ulm, eine recht stattliche Zahl von Konferenzteilnehmerinnen begrüßen, und die gute Stimmung unter den Kolleginnen ließ voraussehen, daß ein guter Wille in das Verhandlungsgeschehen mitgebracht war. Rasch vollzog sich die Bestellung der Verhandlungsleitung und es wurden berufen: Kollegin Deitrich, Heidenheim, als 1. Vorsitzende, Kollegin Weiland, Ulm, als 2. Vorsitzende und die Kollegin Moser, Heidenheim, als Schriftführerin. Alsdann entbot Kollege Bürger der Konferenz den Gruß der Gauleitung und verstand dabei in geschickter Weise auf den eigentlichen Zweck der Konferenz näher einzugehen. Kollegin Döhning, Stuttgart, führte dann in einstündigem Referat zunächst die Instruktionen an, welche zur Bildung von Arbeiterinnenkommissionen unerlässlich sind. Zur besonderen Beachtung wurde dabei hervorgehoben, daß die Arbeiterinnenkommissionen keinesfalls selbständige Gruppen mit eigenen Tendenzen gegen die männlichen Verbandsmitglieder werden dürfen, sondern diese Arbeiterinnenkommissionen, die jetzt überall gebildet werden innerhalb unseres Verbandsgebietes, müssen streng im Organisationsförderer eingegliedert bleiben. Die neue Form soll lediglich bezwecken, die Arbeiterinnen in den einzelnen Bezirken einander näher zu bringen, und daß durch besondere Schulung die Frauen befähigt werden, die Geschäfte der Arbeiterinnen selbst zu lenken und zu bestimmen. Der Einfluß der Frau innerhalb unseres Verbandes soll stärker hervorgerufen. An Hand von Beispielen wies die Rednerin überzeugend nach, welche großen Gebiete in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die Frauen noch selbst zu bearbeiten haben. Wenn die Frau ihr Recht und ihre Stellung im Staats- und Wirtschaftsleben erkannt und beansprucht, so dürfte bei dieser Gelegenheit keine Frau versäumen, sich des großen Pflichtbereiches zu erinnern, um dem Aufstieg zu besseren Zeiten vorzubereiten. Recht eindringlich erklarte der Appell an die Delegierten, für die Erfüllung der Verbandsaufgaben zu jeder Zeit und an jedem Ort einzutreten, getreu der Losung: Erst selbst Hand ans Werk legen und durch ein gutes Beispiel der Jugend gezeigt, was durch geeinte Kraft für die Geschlechts- und Zeitgenossen geleistet werden kann. Wenn nach dieser Richtlinie verfahren wird, dann braucht es uns niemals bange zu werden um den Fortschritt. Den Zweiflern müsse jede Funktionärin mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Mit besonderer Wärme setzte sich die Rednerin alsdann für den Ausbau der Sozialfürsorge ein und gedachte dabei all der vielen Leiden und Sorgen, welche die Frau in vergangener Zeit zu ertragen hatte. Eine Wendung zum Besseren für die Arbeiterin gebe es nur, wenn zunächst die Kolleginnen alle falsche Scham ablegen, Achtung und Vertrauen sich gegenseitig entgegenbringen und wenn die vom Verband herausgegebenen Richtlinien für die organisatorische Tätigkeit der Textilarbeiterinnen beachtet und erfüllt werden. — Eine lebhaft diskutierte dem beifällig aufgenommenen Referat, und es war wirklich eine Freude, wie die versammelten Frauen mit ehrlichem und gutem Willen die Bereitwilligkeit aussprachen, alles durch den Verband und alles für den Verband zu tun, um die begonnene Arbeit zu fördern. — Nachstehende Entschliessung fand einstimmige Annahme: „Die in Ulm tagende Frauenkonferenz gelobt nach einem instruktiven Referat unserer Kollegin Döhning, Stuttgart, alle Kräfte zu sammeln und zu bündeln, um dem Deutschen Textilarbeiterverband einen weiteren Aufstieg zu sichern und zu ermöglichen. Die anwesenden Funktionärinnen danken der Verbandsleitung für den achtunggebietenden Verlauf der Arbeiterinnenfrage.“ — Nach dreieinhalbstündiger Verhandlungsdauer konnte die Vorsitzende, Kollegin Deitrich, die von sehr gutem Geist getragene Konferenz mit Dank und dem Wunsch: „Auf halbigen Wiedersehen!“ schließen unter dem Hinweis, nunmehr den Worten die Tat folgen zu lassen. Der Nachmittag vereinte die Ulmer und auswärtigen Kolleginnen und Kollegen zu recht harmonisch gestimmten Erholungstagen.

missionen mit der Leiterin des Gaubezirks, Kollegin Sophie Döhning, Stuttgart, und dem Vertreter des Gauverbandes, Kollegen Bürger, Cannstatt, zu einer Vorbesprechung. Die Rückführungen auf die Einladungsschreiben aus den einzelnen Filialen ließen erkennen, daß aus verschiedenen Gründen gemünscht wird, daß zunächst keine weit ausgedehnten Bezirke für die Konferenzen zusammengefaßt werden sollen. Am Sonntag früh konnte Kollegin Sellmer, Geschäftsführerin der Filiale Ulm, eine recht stattliche Zahl von Konferenzteilnehmerinnen begrüßen, und die gute Stimmung unter den Kolleginnen ließ voraussehen, daß ein guter Wille in das Verhandlungsgeschehen mitgebracht war. Rasch vollzog sich die Bestellung der Verhandlungsleitung und es wurden berufen: Kollegin Deitrich, Heidenheim, als 1. Vorsitzende, Kollegin Weiland, Ulm, als 2. Vorsitzende und die Kollegin Moser, Heidenheim, als Schriftführerin. Alsdann entbot Kollege Bürger der Konferenz den Gruß der Gauleitung und verstand dabei in geschickter Weise auf den eigentlichen Zweck der Konferenz näher einzugehen. Kollegin Döhning, Stuttgart, führte dann in einstündigem Referat zunächst die Instruktionen an, welche zur Bildung von Arbeiterinnenkommissionen unerlässlich sind. Zur besonderen Beachtung wurde dabei hervorgehoben, daß die Arbeiterinnenkommissionen keinesfalls selbständige Gruppen mit eigenen Tendenzen gegen die männlichen Verbandsmitglieder werden dürfen, sondern diese Arbeiterinnenkommissionen, die jetzt überall gebildet werden innerhalb unseres Verbandsgebietes, müssen streng im Organisationsförderer eingegliedert bleiben. Die neue Form soll lediglich bezwecken, die Arbeiterinnen in den einzelnen Bezirken einander näher zu bringen, und daß durch besondere Schulung die Frauen befähigt werden, die Geschäfte der Arbeiterinnen selbst zu lenken und zu bestimmen. Der Einfluß der Frau innerhalb unseres Verbandes soll stärker hervorgerufen. An Hand von Beispielen wies die Rednerin überzeugend nach, welche großen Gebiete in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die Frauen noch selbst zu bearbeiten haben. Wenn die Frau ihr Recht und ihre Stellung im Staats- und Wirtschaftsleben erkannt und beansprucht, so dürfte bei dieser Gelegenheit keine Frau versäumen, sich des großen Pflichtbereiches zu erinnern, um dem Aufstieg zu besseren Zeiten vorzubereiten. Recht eindringlich erklarte der Appell an die Delegierten, für die Erfüllung der Verbandsaufgaben zu jeder Zeit und an jedem Ort einzutreten, getreu der Losung: Erst selbst Hand ans Werk legen und durch ein gutes Beispiel der Jugend gezeigt, was durch geeinte Kraft für die Geschlechts- und Zeitgenossen geleistet werden kann. Wenn nach dieser Richtlinie verfahren wird, dann braucht es uns niemals bange zu werden um den Fortschritt. Den Zweiflern müsse jede Funktionärin mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Mit besonderer Wärme setzte sich die Rednerin alsdann für den Ausbau der Sozialfürsorge ein und gedachte dabei all der vielen Leiden und Sorgen, welche die Frau in vergangener Zeit zu ertragen hatte. Eine Wendung zum Besseren für die Arbeiterin gebe es nur, wenn zunächst die Kolleginnen alle falsche Scham ablegen, Achtung und Vertrauen sich gegenseitig entgegenbringen und wenn die vom Verband herausgegebenen Richtlinien für die organisatorische Tätigkeit der Textilarbeiterinnen beachtet und erfüllt werden. — Eine lebhaft diskutierte dem beifällig aufgenommenen Referat, und es war wirklich eine Freude, wie die versammelten Frauen mit ehrlichem und gutem Willen die Bereitwilligkeit aussprachen, alles durch den Verband und alles für den Verband zu tun, um die begonnene Arbeit zu fördern. — Nachstehende Entschliessung fand einstimmige Annahme: „Die in Ulm tagende Frauenkonferenz gelobt nach einem instruktiven Referat unserer Kollegin Döhning, Stuttgart, alle Kräfte zu sammeln und zu bündeln, um dem Deutschen Textilarbeiterverband einen weiteren Aufstieg zu sichern und zu ermöglichen. Die anwesenden Funktionärinnen danken der Verbandsleitung für den achtunggebietenden Verlauf der Arbeiterinnenfrage.“ — Nach dreieinhalbstündiger Verhandlungsdauer konnte die Vorsitzende, Kollegin Deitrich, die von sehr gutem Geist getragene Konferenz mit Dank und dem Wunsch: „Auf halbigen Wiedersehen!“ schließen unter dem Hinweis, nunmehr den Worten die Tat folgen zu lassen. Der Nachmittag vereinte die Ulmer und auswärtigen Kolleginnen und Kollegen zu recht harmonisch gestimmten Erholungstagen.

Berichte aus Fachkreisen.

Kirchberg. Am 5. September starb nach nur anderthalbwöchiger Krankheit an der Gehirngruppe unser Kollege Emil Reuter im 56. Lebensjahre. Ob es je wieder einen so treuen Anhänger der Organisation geben wird, wer weiß es.

Emil Reuter war über 27 Jahre Unterkassierer der Filiale unseres Verbandes. Was hat er alles in dieser langen Zeit erlebt. So manche Ausrede der Indifferenten hat er hören müssen. So manches dumme Wort mancher „Nur-Mauleselben“ war er gezwungen zurückzuweisen. Er hat alle Mitgliederchwankungen überstanden. Niemand kann ihm wohl nachrechnen, wieviel Stunden er jeden Sonnabend und Sonntag für die Organisation geopfert, wie oft er Proletarierwohnungen betreten hat. Mit Bitternis hat er oft von den Indifferenten und Lauer gesprochen, die mitschuldig sind, daß es so langsam vorwärts geht. Er war ein Kämpfer wie selten einer und hat das Los des Gemäßigten wie Arbeitslosen ausgekostet. Die Rückschläge, die die Arbeiterschaft erlitt, hat er mit zu überwinden versucht und trotz der vieler Anfeindungen in den letzten Jahren auf seinem Posten ausgehalten. In seiner gewerkschaftlichen wie politischen Anschauung hat er niemals gewankt. Der Sozialismus war für ihn Heiligtum. Die organisierte Arbeiterschaft wird seine Arbeit dadurch würdigen, daß sie ihm nachiefert. Sein Name und Wirken kann in der Filiale Kirchberg nicht ausgeglichen werden.

Nowawes. In dem Betrieb der Kammgarnspinnerei in Nowawes herrschen seit einiger Zeit völlig unhaltbare Zustände. Durch verbindlichen Schiedspruch vom 2. Februar wurde der gesamten Nowaweser Textilarbeiterchaft eine wöchentliche Arbeitszeit bis zu 54 Stunden aufzotriert, mit der Maßgabe, daß die Arbeitszeit am Sonnabend nicht über 2 Uhr nachmittags hinausgehen dürfe. Die Kammgarnspinnerei führte nun sofort, noch bevor der Schiedspruch schriftlich vorlag, die 54stündige Arbeitswoche ein, und damit der Profit steigt, beantragte man beim Herrn Regierungspräsidenten in Potsdam, die Pausen entgegen den §§ 136 und 137 der Gewerbeordnung auf insgesamt eine Stunde, d. h. vormittags ¼ Stunde, mittags ¼ Stunde und nachmittags ¼ Stunde festsetzen zu dürfen. Der Herr Regierungspräsident kam dem Wunsche der Firma bereitwillig nach und erteilte unterm 21. Februar hierzu die Genehmigung. Seit etwa einem Vierteljahr war der Firma auch die 54stündige Wochenarbeitszeit nicht mehr lang genug und wird nun seit dieser Zeit 58 Stunden pro Woche gearbeitet, und zwar an 5 Tagen je 10 Stunden und Sonnabends 8 Stunden, bis ¼ Uhr nachmittags, unbestimmt um den Schiedspruch, welcher besagt, daß Sonnabends nur bis 2 Uhr gearbeitet werden darf. Auch hierzu gab der Herr Regierungspräsident unter Fortbleiben der insgesamt einstündigen Pausen unterm 20. Juni die Genehmigung, trotzdem in diesem Betriebe die hygienischen und gesundheitlichen Verhältnisse die denkbar schlechtesten sind. Geradezu unverständlich ist die Haltung des Betriebsrates, der dieser Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt hat. Es ist allgemein bekannt, daß viele erwachsene Arbeiter bei dieser Luft, wie selbige in der Spinnerei vorhanden ist, nicht in der Lage sind, dort überhaupt arbeiten zu können. Hier wird nun von der Direktion unter Zustimmung der Behörden Hunderten von Arbeiterinnen, darunter auch schwangeren und sehr vielen Jugendlichen, zugemutet, täglich 10 Stunden bei ungenügenden Pausen zu arbeiten. Wie diese Verhältnisse auf die Gesundheit der Arbeiterschaft, vor allem der Arbeiterinnen einwirken, beweist der Umstand, daß in einzelnen Abteilungen ständig bis zu 10 Proz. der Belegschaft krank sind. Der Prozentsatz der Kranken wäre noch viel höher, wenn nicht die meisten Ernährer von Familien gezwungen wären, trotz Krankheit zu gehen, solange es nur irgend möglich ist, weil andernfalls bei den hundsgemein niedrigen Löhnen

die Kinder hungern müßten. Die Folge hiervon ist dann frühzeitiges Siechtum.

Ein Aufenthaltsraum, wo die Arbeiterschaft während der Pausen hingehen könnte, ist nicht vorhanden. Ein Speisesaal, welcher früher vorhanden war, wird von der Firma zu anderen Zwecken benutzt. Die gesamte Arbeiterschaft, auch jugendliche, müssen von morgens 6 Uhr bis nachmittags 5 Uhr in ihrem Arbeitsraum zubringen. Das Verlassen des Betriebes auch während der Pausen ist nur gegen Urteilschein gestattet, da sonst angeblich die Gefahr der Diebstähle vergrößert wird. Also die Direktion bestimmt auch, wo sich die Arbeiter und Arbeiterinnen während ihrer freien Zeit aufhalten haben. Jeder einzelne, der gegen die Betriebsordnung verstößt, macht sich strafbar und wird unter Umständen entlassen.

Bei dieser Firma wieder menschenwürdige Zustände zu schaffen, wird erst möglich sein, wenn sich die gesamte Arbeiterschaft des Betriebes ihrer Pflicht bewußt wird und sich wie früher ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband anschließt.

Prignall. Am Donnerstag, den 11. September 1924, fand im Vereinslokal Salzweide eine gut besuchte Textilarbeiterversammlung statt, in welcher Bericht gegeben wurde über die in Berlin am 2. September 1924 stattgefundene Lohnverhandlung. Die Arbeitgeber der Nordostdeutschen Tarifgemeinschaft haben aber jede Lohnsteigerung abgelehnt. Die Versammlung war ziemlich erregt über ein derartiges Verhalten seitens der Arbeitgeber. Ein neues Ersuchen zwecks einer örtlichen Verhandlung mit Herrn Quandt wurde seitens desselben mit der Begründung: „... daß wegen außerordentlichem Mangel an Aufträgen nicht an eine Erhöhung der Lohnsätze in der Textilindustrie gedacht werden kann“ ebenfalls abgelehnt. In der darauffolgenden Aussprache wurde dann mit Recht das Verhalten der Arbeitgeber in Berlin (sowohl wie am Orte einer herben Kritik unterzogen. Die Versammlung ließ sich aber durch diese Wache seitens der Arbeitgeber nicht davon abhalten, trotzdem neue Forderungen aufzustellen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Gauleitung zu ersuchen, neue Schritte zu unternehmen. Zum Punkt Vertriebes wurden dann noch Beschwerden einzelner Kollegen dem Betriebsrat zur Regelung überwiesen. Ganz besonders wurde das Verhalten eines Angestellten vorurteilt, der glaubte, durch „Einführen einer anderen Ordnung“ sich beliebt zu machen.

In der Schlussrede wurden die Kollegen nochmals aufgefordert, die noch außerhalb des Verbandes stehenden Arbeiter dem Verbandsbezug zu führen, um so eine einig und geschlossene Macht dem Unternehmer gegenüberzustellen. Scheut nicht die paar Pfennige Beitrag, sondern tretet ein in den Deutschen Textilarbeiterverband, denn vereinigt seid Ihr nichts, vereint alles. Nur eine festgesetzte Organisation kann die Starrköpfigkeit der Textilarbeiter zum Scheitern bringen.

Kollegen, die Ihr nicht dem Verbandsbeitritt oder angehört, Ihr seid diejenigen, die Schuld haben, daß die Unternehmer die Arbeiterschaft mit Hungerlöhnen abspießen kann. Besucht jedesmal die Versammlungen, wie es am Donnerstag der Fall war, dann wird's auch hier vorwärts gehen.

Literatur.

Unternehmer und Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924. Herausgegeben vom Vorstand der Bergarbeiter Deutschlands. 80 Seiten. Preis 75 Pf. im Buchhandel, für Gewerkschaftsmitglieder durch die gewerkschaftliche Organisation 40 Pf. Zu beziehen durch die Firma Hansmann u. Co., Bochum i. W., Wiemelhauser Str. 38/42.

Durch die Broschüre wird die Katastrophenpolitik der Beherrscher der deutschen Schwerindustrie — der geradezu unfassbare Machttrausch der Stinnes, Krücker und Genossen —, die deutsche Not mit ihren verderblichen Folgen der Inflation, ihren wirtschaftlichen und sozialen Verelendungsercheinungen — die rückwärtslose Ausbeutung dieser Not durch die deutschen Industriekapitäne — der bis zum Wollens- und Landesverrat gesteigerte Klassenegoismus der stinnesindustriellen Machthaber — das widerliche Gebaren der lausendgestaltigen, kapitalistischen Helfershelfer — die zerschende und ähnde Verelendungstätigkeit der kommunistischen Bürgerkriegspropaganda der KPD. gegen die Gewerkschaftsführer — das charakterlose Treiben hochmeisterlicher Gläubiger — der Appell an die niedrigsten Leidenschaften — das verbrecherische Spiel mit dem Leben Hunderttausender Bergarbeiterinnen und -frauen — die geradezu musterhafte Selbstbeherrschung der kämpfenden Bergarbeiter — der für die gesamte deutsche Arbeiterschaft bedeutsame Abschluß des Kampfes — der Glaube an eine bessere Zukunft. —

Bild an Bild rollt an uns vorüber, voll erschütternder Tragik, in meisterhaften Strichen gezeichnet und von unübertrefflicher Klarheit. Der Bergarbeiterverband hat sich mit der Herausgabe dieser Schrift ein Verdienst um die gesamte Arbeiterklasse erworben. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte, jeder am öffentlichen Leben interessierte Mensch muß diese Schrift gelesen haben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 28. Septemb. ist der Beitrag für die 39. Woche fällig

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.
Sächtag für die Septemberzählung ist Sonnabend, der 27. September. An diesem Tage ist eine Karte, gewissenhaft ausgefüllt und als Postkarte frankiert, an uns einzuliefern.
Am Zeit und Porto für Mahnungen zu sparen, muß jede Ortsgruppe pünktlich berichten!
Der Vorstand.

Gau Berlin, Bernau. V: Martha Heise, Lohmühlenstr. 5. K: Gustav Lehmann, Weinbergstraße 62.
Halberstadt. K: Willi Raifsmarek, Hauptstr. 38. Belten ist eingegangen!

Ortsverwaltungen.
Frankenberg (Sa.). Das Mitgliedsbuch auf den Namen Gertrud Wülfel, geb. Buchheim, lautend, geboren am 24. Februar 1898 in Frankenberg, in den Verband eingetreten am 7. Januar 1919 in Frankenberg (Sa.) unter Buchnummer 768 533, Ortsnummer 273, ist als verloren eingegangen gemeldet.
Es wird ersucht, das Mitgliedsbuch bei etwaigem Auffauchen als ungültig zu betrachten und dasselbe an die unterzeichnete Geschäftsstelle einzuliefern.
Deutscher Textilarbeiterverband
Filiale Frankenberg i. Sa.,
Friedrich-August-Straße 6.

Adressenänderungen.
Gau Hannover. Hildesheim. V: Eduard Kühn, Bavenstedter Str. 45. K: Marie Werner, Leunisstr. 12.
Gau Cassel. Wernshausen. K: Heinrich Kehler, Mittel-Schmalteiden, Post Wernshausen.
Gau Dresden. Limbach. V: Albert Bräutigam, Bernhardtstr. 10. K: Friß Winkler, Chemnitzer Straße, Rittergut. VL: „Stadt Wien“, Frohnaer Straße.
Berda u. K: Bruno Heinzl ist zu streichen!

Nur für unsere Mitglieder!

Vom vorigen zum nächsten Krieg
von Generalmajor von Schoenaich, anstatt 2,40 nur 1,80 M.
Krieg dem Krieg
von Ernst Friedrich, anstatt 6,— nur 4,— M.
Zwei Neuerscheinungen von padender Wirkung.
Deutscher Textilarbeiterverband, Abt. Bucherverband
Berlin O 27, Magazinstr. 6/7.

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreffel in Berlin. — Druck: Sterns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.